

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 13. September 2016

Gesundheits- und Fürsorgedirektion**53 2016.GEF.705 Kreditgeschäft
Universitäre Psychiatrische Dienste Bern: Klinikinformationssystem mit integrierter
elektronischer Patientenakte. Zusatzkredit**

Beilage Nr. 15, RRB 885/2016

Präsident. Mit Traktandum 53 kommen wir ebenfalls zu einem Kreditgeschäft. Dieses wurde von der FiKo vorberaten. Als Sprecherin wurde mir Frau Grossrätin Marti gemeldet. Ist dies korrekt? – Das ist der Fall. Weil dieses Geschäft nicht dem fakultativen Finanzreferendum untersteht, führen wir eine reduzierte Debatte.

Ursula Marti, Bern (SP), Kommissionssprecherin der FiKo. Im Jahr 2009 bewilligte der Grosse Rat die Anschaffung und den Betrieb eines Klinikinformationssystems mit integrierter elektronischer Patientenakte. Die Kosten dafür wurden auf 1 158 610 Franken veranschlagt zulasten des Fonds für Spitalinvestitionen. Aufgrund personeller Engpässe auf der Ebene der Geschäftsleitung der Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) sowie auf Ebene der Projektleitung kam es zu ungeplanten zusätzlichen Massnahmen, wie insbesondere dem Beiziehen externer Fachpersonen. Diese Massnahmen mussten ergriffen werden, um das Projekt inhaltlich und zeitlich nicht zu gefährden. Allerdings wurde es versäumt, diesbezüglich rechtzeitig einen Zusatzkredit zu beantragen. Die damalige Geschäftsleitung der UPD beschloss, die zusätzlichen und nicht budgetierten Massnahmen über die Laufende Rechnung zu verbuchen. Die Finanzkontrolle bemängelte dieses Vorgehen, weshalb es zum vorliegenden Antrag gekommen ist. Mit diesem soll der zusätzliche Kreditbedarf im Betrag von 1 417 749 Franken bewilligt werden. Die FiKo diskutierte kontrovers darüber. Das Vorgehen der GEF wurde als unschön kritisiert. Zudem wurde gesagt, dass dergleichen nicht mehr vorkommen darf. Die FiKo stimmte diesem Zusatzkredit dennoch knurrend zu, zumal sich diese Ausgaben nicht mehr rückgängig machen lassen. Kritisiert wurde nicht der Kredit als solcher, sondern das Vorgehen. In diesem Sinn bitte ich Sie, dem vorliegenden Kreditantrag zuzustimmen.

Präsident. Besten Dank für diese Ausführungen. Wie erwähnt, führen wir eine reduzierte Debatte, mit zwei Minuten Redezeit für die Fraktionssprecher. Ich bitte jene, welche sich äussern wollen, sich frühzeitig vorne einzufinden.

Peter Brand, Münchenbuchsee (SVP). Liest man den Antrag der Regierung, geht es bei diesem Geschäft nur noch um die formelle Genehmigung von bereits getätigten Ausgaben. Wir sollen also etwas «abnicken» und brav sagen, dass ungeachtet, wie wir abstimmen, sich nichts an der Sache ändert. Genau diesen Eindruck vermittelt der Antrag der Regierung. Die Regierung sagt, es sei kein materieller Schaden dadurch entstanden, dass der Antrag erst jetzt vorliege. Vielleicht trifft dies zu, vielleicht auch nicht. Sehr wohl ist aber ein Schaden an der Glaubwürdigkeit der Tätigkeit der öffentlichen Hand entstanden. Was hier passiert ist, darf einfach nicht vorkommen! Man lässt für ein Projekt einen Kredit von 1,15 Mio. Franken genehmigen, stellt danach fest, dass bei der Umsetzung des Projekts gewisse Probleme entstehen und nimmt dann selber eine Prioritätensetzung vor, ohne das finanzkompetente Organ zu fragen. Noch schlimmer: Man fragt sich gar nicht erst, wer das finanzkompetente Organ ist und gibt zu den zusätzlich genehmigten 1,15 Mio. Franken noch mindestens 1,4 Mio. Franken aus, das heisst mehr, als der ursprüngliche Kredit betragen hat. Wenn Sie das Geschäft lesen, ist das Schöne, dass die Abrechnung noch nicht einmal vorliegt! Der uns heute zur Genehmigung vorliegende Betrag ist – wie eben erwähnt – höher als der ursprünglich von uns

genehmigte Kredit. Ursprünglich genehmigt waren 1,15 Mio. Franken. Nun sollen wir noch 1,4 Mio. Franken zusätzlich genehmigen. Das kann einfach nicht sein! Klar, jetzt wird gesagt, man habe die nötigen Massnahmen in der Verwaltung getroffen. Die SVP-Fraktion hofft natürlich, dass dies ausreicht. Allerdings haben wir einen ganz grossen Hoffnungsschimmer... *(Der Präsident schaltet dem Redner versehentlich kurz das Mikrofon aus und entschuldigt sogleich dafür.)* Dann darf ich den Satz noch zu Ende führen! Wir haben einen grossen Hoffnungsschimmer: Wir sind zuversichtlich, dass die neue Führung der GEF hinschauen wird, wie die Projekte ablaufen. Die SVP-Fraktion lehnt den Kredit ab.

Präsident. Entschuldigen Sie bitte nochmals! Der Knopf zum Ausschalten des Mikrofons ist viel grösser als jener zum Einschalten des Blinkens.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Wir haben es gehört, es handelt sich um ein Geschäft aus dem Jahr 2009. Inzwischen haben sich gerade in der EDV neue Anforderungen ergeben. Es gab auch personelle Engpässe, was zu Verzögerungen und zu Mehrkosten führte. Dies ist ein Stück weit nachvollziehbar. Was jedoch danach geschah, ist für uns nicht mehr nachvollziehbar. Erstens wurden die Beschlüsse des Grossen Rates und des Regierungsrats missachtet. Zweitens wurden Budgetbeträge zweckentfremdet. Man hatte in den UPD nämlich das Gefühl, man könne das fehlende Geld aus dem laufenden Budget nehmen. Drittens wurde dementsprechend auch zu hoch budgetiert, man hätte nämlich nicht noch übriges Geld gehabt. Viertens handelte es sich um fehlende Transparenz, sodass nicht einmal die GEF etwas von diesem Deal wusste. Dieser wurde intern abgewickelt, was sicher nicht akzeptabel ist. Was danach geschah, ist für uns noch störender und befremdend. Anlässlich der Junisession diskutierten wir eingehend über die Verselbstständigung der Psychiatrischen Kliniken. Auch die FiKo diskutierte darüber. Um fünf vor zwölf kam dann noch ein Kredit zum Vorschein betreffend eine zu sanierende Abwasserleitung. Das entsprechende Geschäft im Umfang von 3,6 Mio. Franken werden wir noch während der Novembersession zu behandeln haben. Dieser Betrag kommt noch hinzu. Der heute vorliegende Zusatzkredit wurde jedoch von niemandem erwähnt, obwohl man die Frage gestellt hatte, ob noch mehr Leichen im Keller lägen. Man versicherte uns, dies sei nicht der Fall, es sei alles bereinigt. Meine Damen und Herren, drei Wochen später wird uns ein Papier vorgelegt mit sage und schreibe 1,2 Mio. Franken, während wir heute bereits über 1,4 Mio. Franken sprechen! Vielleicht ist das noch nicht zu Ende. Ich habe darauf verzichtet, einen Rückweisungs- beziehungsweise Ablehnungsantrag einzureichen, weil ich in der FiKo unterlegen bin. Die BDP wird diesen Zusatzkredit ablehnen.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich brauche nicht alles zu wiederholen, was die beiden Vorredner gesagt haben. Ich möchte nur anmerken, dass Jakob Etter hier nun wirklich einen Grund gehabt hätte, um von Schludrigkeit zu sprechen. Nach dem Marathon tut er dies vielleicht weniger als vor dem Marathon. Selbst wenn es der EDU-Fraktion bewusst ist, dass das Geld ausgegeben wurde und sich nichts daran ändern lässt, kann es nicht sein, dass wir wegen der begangenen Fehler stillschweigend einem Zusatzkredit zustimmen, der höher ist als der ursprüngliche Kredit. Am Schlimmsten finden wir, dass wir in den Kommissionen nicht den Eindruck vermittelt erhielten, man hätte aus dieser Geschichte etwas gelernt. Wir zweifeln daran, dass entsprechende Massnahmen eingeleitet wurden. Dies jedenfalls konnte uns bei diesem Geschäft nicht glaubhaft dargelegt werden. Die EDU-Fraktion wird den vorliegenden Kredit deshalb ablehnen.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Der Ausschuss der FiKo hat diesen Kredit vorgängig beraten. Er befragte auch die anwesenden Verwaltungsmitglieder, weshalb es soweit kommen konnte. Die Verwaltungsmitglieder konnten uns nicht vollumfänglich Auskunft erteilen, sagten aber klar, dass das Projekt gestoppt worden wäre, hätten sie das Geld nicht freigegeben. Die Verwaltungsmitglieder entschuldigten sich denn auch für dieses Vorkommnis und gestanden ein, es sei ungeschön, dass das finanzkompetente Organ diesen Kredit nicht vorgängig bewilligt hatte. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass dies der fünfte Kredit ist, den wir im Nachhinein bewilligen. Es lagen uns drei Kredite der ERZ und einer der BVE vor. Dabei handelte es sich um Feststellungen der Finanzkontrolle. Die ERZ wie auch die BVE liessen die entsprechenden Kredite im Nachhinein von uns bewilligen. Deshalb sollte man den Kredit der GEF gleich behandeln wie die letzten vier Zusatzkredite. Diese haben wir nämlich nicht abgelehnt, sondern ihnen zugestimmt, weil das Geld bereits ausgegeben ist. Angesichts dessen, dass wir wirklich nichts ändern können, möchte ich Sie bitten, dem vorliegenden Kredit zuzustimmen. Welches Zeichen würden wir ansonsten setzen? Aus

diesem Grund stimmt die FDP-Fraktion dem vorliegenden Kredit mehrheitlich zu.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Es gibt ein Sprichwort, welches heisst «Man schlägt den Sack und meint den Esel» oder umgekehrt. Ich begreife meine Vorredner, die finden, es handle sich eigentlich um einen Skandal, dass dieser Nachkredit vorgelegt wird. Er stammt aus dem Jahr 2009 und wir befinden jetzt, im Jahr 2016, darüber. Dass die UPD im Jahr 2009 alles andere als eine gute Gattung machte, ist angesichts eines freigestellten leitenden Professors und einer Direktorin, welche krankgeschrieben werden musste, klar. Man kann sagen, dass damals ein grosses Chaos vorherrschte. Ich nehme die UPD nicht in Schutz. Allerdings soll mir hier drinnen in den nächsten paar Jahren niemand mehr erzählen, man müsse unbedingt alle Institutionen beim Kanton belassen, weil eine seriöse Art von Betriebsführung nur so sichergestellt sei. All jene, welche sich näher mit den UPD und deren Auslagerung befasst haben, wissen, dass dem nicht so ist. Ich habe nicht Angst vor der Zukunft. Denn die UPD wird jetzt ausgelagert, und sie wird sich solche Mätzchen gar nicht mehr leisten können, weil diese auf ihre eigene Rechnung gingen. Wir werden keine Nachkredite mehr zu bewilligen haben! Die Zeiten, als man rasch mit der Kreditkarte die in den Budgets nicht sauber abgerechneten Defizite beglichen hat, sind vorbei. Zum Glück sind diese vorbei! Aus dem Grund, dass wir in einer neuen Ära und überzeugt sind, dass mit den alten Geschichten abgeschlossen werden sollte – wenngleich mit einem Frust im Bäuchlein –, sind wir überzeugt, dass wir diesen Kredit sprechen müssen, ob es uns passt oder nicht. Das Geld ist bereits ausgegeben. Es ist schief gelaufen, schauen wir in die Zukunft. Die Fraktion glp wird diesem Kredit einstimmig zustimmen.

Béatrice Stucki, Bern (SP). Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird diesem Kredit zustimmen, allerdings nicht aus den gleichen Gründen wie sie meine Vorrednerin erwähnt hat. Das Vorgehen ist – wie bereits von Hans-Jörg Pfister erwähnt – unschön. Wir wissen aber alle, dass Fehler passieren. Besonders schlimm ist es natürlich, wenn Fehler zu derart hohen Kostenfolgen führen. Wir haben es gehört und wissen, dass die GEF aus diesem Fehler gelernt hat und Schritte eingeleitet worden sind. Wir vertrauen darauf, dass dergleichen in Zukunft nicht mehr passieren wird. Das Parlament muss sich wahrscheinlich auch überlegen, ob wir die Kredithöhen hinsichtlich der Kompetenzen der heutigen Zeit anpassen sollten. Die Kredithöhen oder Kompetenzen sind seit Jahren gleich und wir wissen alle, dass die Teuerung nicht mehr gleich ist wie vor Jahren. «Töipele» nützt uns nichts, der Kredit muss gesprochen werden, das Geld ist ausgegeben. Deshalb werden wir zu diesem Kredit ja sagen.

Maria Esther Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Eigentlich ist das Meiste bereits gesagt. Es sind viele Fehler passiert, sogar etliche. Dabei kann man sich fragen, wie dies möglich war und weshalb die Kontrollmechanismen nicht funktionierten. Nichtsdestotrotz wurde die elektronische Patientenakte endlich eingeführt, wenngleich dies teuer war. Sie befindet sich nun im Einsatz und alle sind zufrieden damit. Inhaltlich kann man dieses Projekt nicht kritisieren, zumal man dem entsprechenden Kredit damals zustimmte. Das Geld ist – wie bereits mehrfach erwähnt – ausgegeben und lässt sich nicht mehr zurückholen. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, welche Konsequenzen es für die UPD hat, wenn viele, ihren Voten entsprechend, dem Kredit nicht zustimmen werden. Ich werde diesem Kredit zustimmen. Es sind Fehler passiert. Fehler passieren uns allen. In diesem Fall können wir sie nicht mehr rückgängig machen.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Zuerst möchte ich der Kommissionssprecherin danken, dass Sie die Situation kurz und bündig dargelegt hat. Sie hat ausgewogen dargestellt, dass Fehler passiert sind, hat aber dementsprechend informiert, wie die Aufarbeitung der Fehler stattgefunden hat und welche Optionen wir heute haben. Die EVP-Fraktion schliesst sich den Vorrednerinnen und Vorrednern an. Wie es von einigen ausgesprochen wurde, hat die EVP ebenfalls das leicht ungute oder doch deutlich ungute Gefühl, was das Vorgehen der UPD in Bezug auf den Umgang mit diesem Kredit anbelangt. Trotzdem werden wir diesem Nachkredit zustimmen. Dies, weil sich erstens gezeigt hat, dass die UPD nun in ruhigere Gewässer gefahren sind. Zweitens, weil die Kontrollmechanismen in diesem Kanton funktionieren. Ich spreche hier die Finanzkontrolle an, welche die angesprochenen Ungereimtheiten immerhin aufgedeckt hat. Wie wir vorhin gehört haben, hat die GEF daraus gelernt, ebenso die betroffene Organisation, die UPD. Drittens stimmen wir dem Kredit zu, weil uns nicht ganz klar ist, was ein Nein hier und jetzt in dieser Situation noch bringen würde. Wir wollen in diesem Sinn keine Symbolpolitik betreiben und sagen ja zu diesem Nachkredit.

Präsident. Wir haben alle Fraktionssprecher gehört. Ich erteile Regierungsrat Schnegg das Wort.

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Le 3 juin 2009, le Grand Conseil a alloué aux SPU un crédit de 1 158 610 francs pour l'acquisition et l'introduction d'un système d'information clinique, avec dossier électronique du patient, financé par le Fonds d'investissement hospitalier. Malheureusement la réalisation a été compromise par divers problèmes de personnel au niveau de la direction de l'entreprise et de celle du projet, en bref, un cumul de problèmes ou plutôt d'erreurs dans la gestion d'un projet de cette ampleur. Il va sans dire que ces problèmes de personnel ont retardé les travaux. La nouvelle direction des SPU, après avoir envisagé la suspension des travaux, qui aurait généré des coûts importants, sans oublier un retard de plusieurs années sur la mise en œuvre d'un SIC a pris la décision de confier la direction du projet à une personne externe. Les SPU, dans l'urgence, se sont concentrés sur la résolution des problèmes et ont omis d'informer la SAP et de faire approuver les surcoûts. Ils ont alors compensé ces montants dans le cadre de leur budget ordinaire, plutôt que de demander un crédit de projet complémentaire. Dans son rapport 2015 sur l'examen des services des SPU, le Contrôle des finances a critiqué l'absence d'une autorisation du Grand Conseil pour le surplus de dépenses. Cette demande permet de répondre à la problématique que je viens de mentionner. Il s'agit donc d'un crédit complémentaire de 1 417 419 francs pour couvrir les surplus de dépenses pour le projet SIC. Je mentionne encore que ces dépenses ont pour la plupart déjà été opérées. Le système en question est en service depuis avril 2014. Il s'agit d'une approbation formelle à posteriori par l'organe compétent.

Je comprends fort bien la volonté de nombre d'entre vous de vouloir rejeter ce crédit. Mais cette voie ne permettra pas de modifier le déroulement malheureux de ce projet. Comme pour vous, une telle situation est pour moi difficile à défendre, mais un refus ne résoudra strictement rien du tout. Toutefois, je crois que les remarques ont été faites, et je préfère pouvoir me concentrer sur l'avenir et mettre toute l'énergie possible en faveur du projet d'autonomisation de la psychiatrie et permettre ainsi que ces institutions puissent travailler d'une manière pérenne à l'avenir. Pour ces raisons, je vous demande de bien vouloir soutenir, même du bout des lèvres ou plutôt d'un doigt, et même à contrecœur, ce crédit. Et pour ceux qui hésiteraient encore, je vous rappelle qu'il existe un troisième bouton. Merci pour votre soutien.

Präsident. Sie haben es gehört, wir haben drei Tasten zum Abstimmen! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieses Kreditgeschäft annehmen möchte, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein, und wer sich enthalten möchte, drückt die Enthalten-Taste.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	72
Nein	36
Enthalten	30

Präsident. Sie haben dem Kredit zugestimmt.